

Fragen

für die Fragestunde der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Dezember 2012

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	50	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Bartol, Sören (SPD)	16, 17	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	30, 31
Beckmeyer, Uwe (SPD)	3, 4	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	53, 54
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 66	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Bollmann, Gerd (SPD)	28, 29	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	73, 74
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Burkert, Martin (SPD)	5, 6	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 76	Kumpf, Ute (SPD)	21
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	59, 75	Lühmann, Kirsten (SPD)	14, 15
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.)	55, 69	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	45	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	65	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Gottschalck, Ulrike (SPD)	18, 19	Pronold, Florian (SPD)	7, 8
Groß, Michael (SPD)	22, 23	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	40, 41
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	9, 20	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	43, 44
Herzog, Gustav (SPD)	12, 13	Schwabe, Frank (SPD)	36, 37
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	72, 79
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	64, 68	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	70, 71
Kaczmarek, Oliver (SPD)	42		
Kelber, Ulrich (SPD)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

1. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Initiativen unternimmt oder beabsichtigt die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bahn AG, um die Fahrradmitnahme im ICE zu ermöglichen, und ab wann könnte frühestens die Fahrradmitnahme im ICE aus Sicht der Bundesregierung möglich sein?

2. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Menge wurde in welchen Bundesländern in den Wintern 2011/2012 nach Kenntnis der Bundesregierung Tausalz auf Fernstraßen des Bundes aufgebracht?

3. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Warum hat sich der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, trotz öffentlicher Zusicherung nicht für die Umsetzung des Auftrages aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP eingesetzt, in den Bundeshaushalten für die Jahre 2012 und 2013 eine Direktzuweisung der Lkw-Maut an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG) vorzunehmen, und plant die Bundesregierung eine Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode?

4. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das sog. Mautmoratorium vor dem Hintergrund der inzwischen eingeführten Lkw-Maut auf vierspurigen Bundesstraßen nicht länger aufrechterhalten ist, und wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung innerhalb der nächsten zehn Monate eine neue „Verordnung zur Festsetzung der Höhe der Autobahnmaut für schwere Nutzfahrzeuge“ vorlegen, um Euro-VI-Fahrzeuge einzubeziehen und eine Internalisierung externer Kosten zu erreichen?

5. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD) Warum hat sich der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, trotz öffentlicher Zusicherungen nicht für die Umsetzung des Auftrags des Koalitionsvertrags, die rechtlichen Voraussetzungen für eine begrenzte Kreditfähigkeit der VIFG zu schaffen, eingesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird (vgl. Koalitionsvertrag, S. 35)?

-
6. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, eine rechtliche Voraussetzung für die Finanzierung nicht-bundeseigener Eisenbahninfrastruktur für die Einbindung in das Schienengüterfernverkehrsnetz zu schaffen, nicht umgesetzt, und auf welcher Grundlage sollen die vom Bundeshaushaltsgesetzgeber für das Jahr 2013 bereits zur Verfügung gestellten Mittel vergeben werden?
7. Abgeordneter
Florian Pronold
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, eine ertragsoptimierte Privatisierung der Transport- und Logistiksparten der Deutschen Bahn AG schrittweise einzuleiten, trotz persönlicher Zusicherung nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass dies in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird?
8. Abgeordneter
Florian Pronold
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, bei der Deutschen Bahn AG Doppelmandate bei der Holding und den Infrastrukturgesellschaften auszu-schließen, trotz öffentlicher Zusicherung nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass dies in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird?
9. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, die Gewinnabführungsverträge zwischen der Holding und den Infrastruktursparten der Deutschen Bahn AG zu kappen, trotz öffentlicher Zusicherung nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass dies in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird?
10. Abgeordneter
Ulrich Kelber
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Modell für Lärmschutz, bei dem die Umrüstung von Güterwagons auf lärm mindernde Bremssysteme neben gespreizten Trassenpreisen auch mit einem nahezu 100-Prozent-Zuschuss gefördert wird, wie es beispielsweise in der Schweiz umgesetzt wird, und welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung daraus im Hinblick auf die ab 2020 in der Schweiz verbotenen Graugussbremsen auf den Schienengüterverkehr in Deutschland?

-
11. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um ein EU-weites Umrüstprogramm für laute Güterwaggons zu erreichen, um damit den Schienenlärm bis 2020 zu halbieren?
12. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD) Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, „die verstärkte Berücksichtigung der Bundeswasserstraßen bei der Verteilung von Investitionsmitteln fortsetzen zu wollen“, nicht umgesetzt und die Mittel für den Ausbau und Erhalt von Bundeswasserstraßen im Vergleich zum Jahr 2009 gesenkt (vgl. Koalitionsvertrag, S. 39)?
13. Abgeordneter
**Gustav
Herzog**
(SPD) Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, ein Gesetz zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vorzulegen, noch nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird (vgl. Koalitionsvertrag, S. 39)?
14. Abgeordnete
**Kirsten
Lühmann**
(SPD) Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, eine gesetzliche Initiative zur Präzisierung des Luftverkehrsgesetzes mit dem Ziel, international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherzustellen, vorzulegen, trotz öffentlicher Zusicherung nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird (vgl. Koalitionsvertrag, S. 38)?
15. Abgeordnete
**Kirsten
Lühmann**
(SPD) Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, eine weitere Entbürokratisierung der Fahrzeugzulassung zu prüfen und über eine Neuregelung im Sinne eines Onlinezulassungsverfahrens zu entscheiden, trotz öffentlicher Zusicherung noch nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird (vgl. Koalitionsvertrag, S. 40)?
16. Abgeordneter
**Sören
Bartol**
(SPD) Warum hat sich Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer trotz öffentlicher Zusicherungen nach drei Jahren nicht für eine Umsetzung des Auftrags des Koalitionsvertrags, bis Mitte der Legislaturpe-

riode über die Höhe der Finanzausstattung für die ehemalige Gemeindeverkehrsfinanzierung bis 2019 zu entscheiden, eingesetzt, und wird die Bundesregierung die Finanzausstattung auf dem bisherigen Niveau fortführen oder erhöhen?

17. Abgeordneter
**Sören
Bartol**
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer trotz gegenteiliger öffentlicher Zusicherung den Auftrag des Koalitionsvertrags, dass „die Städtebauförderung [...] auf bisherigem Niveau“ fortgeführt wird, nicht umgesetzt und seit 2009 die Fördermittel kontinuierlich zusammengestrichen (vgl. Koalitionsvertrag, S. 41)?
18. Abgeordnete
**Ulrike
Gottschalck**
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, zeitnah über die Frage zu entscheiden, ob der Bund den Ländern auch nach dem Jahr 2013 weiterhin zweckgebundene Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung zur Verfügung stellt, trotz öffentlicher Zusage nicht umgesetzt (vgl. Koalitionsvertrag, S. 42)?
19. Abgeordnete
**Ulrike
Gottschalck**
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, den Wohnraum alten- und generationsgerecht zu gestalten, trotz öffentlicher Zusage nicht umgesetzt, und wie ist in diesem Zusammenhang das Auslaufen der Mittel für das Bundesprogramm der KfW Bankengruppe „Altersgerecht Umbauen“ zu bewerten (vgl. Koalitionsvertrag, S. 73)?
20. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Warum hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Auftrag des Koalitionsvertrags, eine Neuregelung der sogenannten Altschuldenhilfe für ostdeutsche Wohnungsunternehmen vorzulegen, trotz öffentlicher Zusicherung nicht umgesetzt, und stimmt die Bundesregierung zu, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird (vgl. Koalitionsvertrag, S. 41)?
21. Abgeordnete
**Ute
Kumpf**
(SPD)
- Wie setzt die Bundesregierung ihre Aussagen aus dem Koalitionsvertrag „Wir wollen Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität machen und dabei bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen bringen“ um angesichts des

aktuellen Bestands von 47 000 Hybrid- und 4 500 reinen Elektroautos bei 43 Millionen Pkw und angesichts der Kritik der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) im Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2012, dass nicht in Deutschland ein Leitmarkt Elektromobilität entsteht, sondern China Vorreiter sein wird?

22. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Wie viele Brückenbauwerke bundesweit an Bundesfernstraßen sind dem Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer bekannt, die konkret zurzeit gesperrt sind bzw. drohen innerhalb eines Jahres gesperrt zu werden (bitte konkret benennen)?
23. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Welche kurzfristigen Lösungen bietet Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer in Zusammenarbeit mit den Bundesländern an, um dem Problem gesperrter Bundesfernstraßenbrücken, den damit zusammenhängenden Staus, Verkehrschaos sowie der in diesem Zusammenhang stehenden stärkeren Belastung von Ausweichstrecken zu begegnen?
24. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist das weitere Vorgehen der Bundesregierung in Bezug auf den Elbe-Saale-Kanal (Saale-Seitenkanal), und wird die Bundesregierung auf Basis des Gutachtens der Firma Planco Consulting GmbH vom Juli 2012 die weitere Planung für den Kanal einstellen (bitte Begründung angeben)?
25. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann soll mit der Realisierung des planfestgestellten zweistreifigen Neubaus der B 6 begonnen werden, und wie werden die Kosten im Einzelnen verteilt?
26. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern stellt die Bundesregierung sicher, dass für die Finanzierung des vierstreifigen Neubaus der B 30 über die im Infrastrukturbeschleunigungsprogramm II vorgesehenen 1 Mio. Euro in 2013 und 2 Mio. Euro in 2014 hinaus in den kommenden Jahren ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und das Projekt in absehbarer Zeit auch vollständig umgesetzt werden kann?

27. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem erfolgreichen Volksbegehren in Brandenburg, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Forderung nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr deutlich machten, und aus welchen Gründen verweigert sich die Bundesregierung bislang, das Nachtflugverbot bundesweit einheitlich zu regeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

28. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Jahr 2012 oder spätestens im ersten Quartal des Jahres 2013 einen Entwurf zum Wertstoffgesetz vorlegen?
29. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Förderung des verstärkten Einsatzes von Ersatzbaustoffen?
30. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Welche Auswirkungen auf die Einnahmen des Energie- und Klimafonds hätte es nach Ansicht der Bundesregierung, wenn die Änderung der Auktionsverordnung (sogenanntes Backloading) nicht erfolgen würde und somit nicht 900 Millionen Zertifikate vom Markt zurückgehalten würden?
31. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung mit vielen Marktteilnehmern überein, dass ein positives Abstimmungsergebnis zum Vorschlag zur Änderung der Auktionsverordnung (Backloading) noch in diesem Jahr einen stützenden Effekt auf den CO₂-Preis haben würde?
32. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung mit Blick auf die Ergebnisse der Weltklimakonferenz in Doha für den vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, propagierten Club der Energiewendestaaten auf den Weg gebracht, und was soll das Plus eines solchen Clubs gegenüber bestehenden Initiativen sein?

33. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position wird die Bundesregierung zur Stärkung des europäischen Emissionshandels im Zusammenhang mit den entsprechenden Vorschlägen der Europäischen Kommission im nächsten Climate Change Committee auf europäischer Ebene einnehmen, und was wird dort ihr vorrangiges Anliegen sein?
34. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf der Grundlage welcher Annahmen und Daten, unter anderem zu Zertifikatspreisen und zur Anzahl von Flügen, hat die Bundesregierung geschätzt, dass die Einnahmen durch die Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten für den Luftverkehr voraussichtlich 35 Mio. Euro nicht übersteigen werden (siehe Bundestagsdrucksache 17/11387), und welcher Teilbetrag der 35 Mio. Euro entfällt nach den Schätzungen der Bundesregierung dabei auf die Versteigerungen von Treibhausgasemissionszertifikaten für Langstreckenflüge?
35. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Rechnet die Bundesregierung damit, auf Grund der Ankündigung von der EU-Kommissarin für Klimapolitik, Connie Hedegaard, die Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten für Flüge mit Start oder Ziel außerhalb der Europäischen Union auszusetzen, die erwarteten Einnahmen aus der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten für den Luftverkehr korrigieren zu müssen?
36. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Aus welchen finanziellen Quellen stammen die 3,6 Mrd. Euro für die Jahre 2013 und 2014, die die Bundesregierung auf der Klimakonferenz in Doha für Maßnahmen des internationalen Klimaschutzes zugesagt hat, und welche dieser Mittel sind zusätzlich zu bereits im Haushalt bestehenden Programmen (bitte aufgeschlüsselt nach Ressorts und Titeln, soweit es den Bundeshaushalt betrifft, und gegebenenfalls Darstellung anderer Finanzierungsquellen)?
37. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD)
- Geht die Bundesregierung weiterhin von einem Emissionszertifikatspreis von 10 Euro/t CO₂ für das Jahr 2013 aus, auch wenn aktuelle Preisprognosen verschiedener Marktteilnehmer (vgl. u. a. UniCredit, Comedy Market Update vom 3. Dezember 2012) von einem durchschnittlichen Preis von 5 Euro/t CO₂ ausgehen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Preisprognose von 10 Euro/t CO₂?

38. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden im Jahr 2013 die Beratungskommissionen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, also die Reaktor-Sicherheitskommission, die Strahlenschutzkommission und die Entsorgungskommission und ihre jeweiligen Fachausschüsse, tagen (bitte mit Angabe des genauen Datums und vollständiger Angabe aller bis dato geplanten Termine; bitte entsprechend wie auf meine Mündliche Frage 1, Plenarprotokoll 17/186, Anlage 3 beantworten)?
39. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welche „vorliegenden Unterlagen“ handelt es sich konkret in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 22 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/11788 (bitte Datumsangabe), und welche Unterlagen, Untersuchungsergebnisse etc. wurden dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit seit dem 25. Mai 2011 zu dem auf Bundestagsdrucksache 17/11600 thematisierten Grafenrheinfeld-Befund übermittelt (bitte ebenfalls mit Datumsangabe; siehe hierzu Antwort zu den Fragen 33 bis 35 auf Bundestagsdrucksache 17/11788)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

40. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Kann das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für jeden der seit April 2012 versandten Projektsteckbriefe eine individuelle Informationsanfrage des jeweiligen Mitglieds des Bundestages dokumentieren, und ist das BMBF bereit, eine entsprechende Übersicht mit der Anzahl der Fragesteller dem Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen?
41. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie wurde durch die Leitung des BMBF die Veränderung der Praxis der Versendung der Projektsteckbriefe, wie im Schreiben der Bundesministerin Dr. Annette Schavan an Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert vom 21. März 2012 angekündigt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMBF bekannt gemacht?

42. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD) Wie viele Mitglieder des Bundestages haben seit April 2012 – aufgeschlüsselt nach Fraktionszugehörigkeit – um die Übersendung von Projektsteckbriefen durch das BMBF gebeten?
43. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD) Wie verteilen sich die rund 11 000 Deutschlandstipendien hinsichtlich der sozialen Herkunft der Stipendiaten (sozioökonomischer Status, soziale Herkunftsgruppe, Bildungsstand der Eltern)?
44. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD) Wie viele der rund 11 000 Deutschlandstipendien sind auf der Grundlage besonderer sozialer, familiärer oder persönlicher Umstände vergeben worden, die sich beispielsweise aus der familiären Herkunft oder einem Migrationshintergrund ergeben haben (§ 3 des Stipendienprogramm-Gesetzes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

45. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.) Welche Kompensationen plant die Bundesregierung angesichts der Anfang 2013 in Kraft tretenden massiven Strompreiserhöhungen für private Haushalte ähnlich den für das Jahr 2013 durch die Bundesregierung gewährten Kompensationen der Belastungen durch Stromkosten für energieintensive Unternehmen?
46. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Haushalte sind nach Informationen der Bundesregierung von fehlerhaften (z. B. zu spät verschickten) Strompreiserhöhungsbescheiden betroffen, und bei welchen Anbietern häufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verbraucherbeschwerden?
47. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor einem systematischen Vorgehen der Versorger, durch zeitliche Diskrepanzen zwischen dem Datum des Poststempels und der Datierung des Erhöhungsbescheids die Frist für Widersprüche zu verkürzen?

48. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Regelungen will die Bundesregierung bis zum Januar 2013 bei den Befreiungstatbeständen nach § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung vornehmen, von der die „FAZ“ (4. Dezember 2012, „Netzagentur will ein Drittel weniger Betriebe befreien“) berichtet, und mit welchem Entlastungsvolumen dadurch rechnet die Bundesregierung für die übrigen Stromendkunden bei den Netzentgelten?
49. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung an den rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Fracking-Technologie als Ergebnis der Fachtagung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Umweltbundesamtes „Internationale Tagung zu Fracking“ am 3. Dezember 2012 in Berlin und warum?
50. Abgeordneter
**Jan van
Aken**
(DIE LINKE.)
- Wann und in welcher Höhe hat das Unternehmen Neupack Verpackungen GmbH & Co. KG in den zurückliegenden 20 Jahren öffentliche Fördermittel im Rahmen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung erhalten?
51. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die Rüstungsexportrichtlinien zu ändern und innerhalb der NATO oder der EU auf sogenannte weiße Listen für Rüstungsexporte hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

52. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle nimmt nach Auffassung der Bundesregierung Saudi-Arabien bei der „Stabilisierung“ des Nahen Ostens ein, und welchen Beitrag können Leopard-II- und Boxer-Panzer zu dieser Stabilisierung leisten?
53. Abgeordneter
**Dr. h. c. Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse und Informationen darüber, dass die Türkei für aus dem Iran importiertes Erdgas mit Gold bezahlt?

54. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Türkei mit der Bezahlung an den Iran durch Gold die gegen den Iran beschlossenen Sanktionen umgeht?
55. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe führen nach Kenntnis der Bundesregierung dazu, dass für palästinensische Studierende in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem angesichts der Anerkennung des Beobachterstatus Palästinas am 29. November 2012 vor den Vereinten Nationen, in den ausgestellten Pässen der Autonomiebehörde Palästinas jeweils verschiedene Staatsangehörigkeitsangaben wie „Keine“ oder „Staatenlos“ oder „Sonstige asiatische Länder“ eingetragen werden?
56. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung in den deutsch-israelischen Regierungsverhandlungen das Dilemma angesprochen, dass sie sich einerseits erklärtermaßen der Sicherheit Israels verpflichtet sieht und andererseits diese Sicherheit durch den fortgesetzten Siedlungsausbau gefährdet ist?
57. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung darauf reagiert, dass die zu der Diskussion mit Wissenschaftlern aus beiden Staaten eingeladene Leiterin des Minerva-Zentrums für Menschenrechte an der Hebräischen Universität Jerusalem, Prof. Dr. Rivka Feldhay, auf Druck des Büros von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wegen ihrer politischen Positionen kurzfristig ausgeladen wurde?
58. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Bundesregierung zu den von Liechtenstein, Singapur, Malaysia, Slowenien, Spanien, Frankreich und der Schweiz am 26. November 2012 während der offenen Debatte über die Arbeitsweisen des Sicherheitsrates unterbreiteten Vorschläge positioniert, dass die ständigen Sicherheitsratsmitglieder in RtoP-Situationen (Gefahr von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischen Säuberungen) von der Einlegung eines Vetos absehen oder dies begründen sollen, und wie hat sie ihre Haltung begründet?

59. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Positionen hat die Bundesregierung in den zuständigen Gremien der Europäischen Union hinsichtlich der Frage eingenommen, ob vornehmlich die geplante EU-Mission selbst für ihren Schutz sorgen soll oder bei dieser Aufgabe vor allem die Sicherheitskräfte Malis und die Truppen der ECOWAS (Economic Community Of West African States) eine Rolle spielen sollen, und welche Haltung haben hierzu die anderen EU-Staaten eingenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

60. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bislang bekannt gewordenen Absagen der für den Beirat der Stiftung Datenschutz in der Satzung ursprünglich vorgesehenen Mitglieder, und nach welchen Kriterien soll eine etwaige Neubenennung von Mitgliedern des Beirats erfolgen?
61. Abgeordnete
**Viola von
Cramon-Taubadel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann über eine Abweichung von der nach § 76 Absatz 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien grundsätzlich vorgesehenen Veröffentlichung völkerrechtlicher Verträge auch von einem einzelnen Regierungsmitglied entschieden werden, und wie ist diese Abweichung im Fall der unmittelbaren Entsprechung des bei der Vertragsunterzeichnung am 13. April 2010 vorgebrachten Wunsches des usbekischen Verteidigungsministers nach Vertraulichkeit des Inhalts des Abkommens über den Transit von Personal und von Gütern durch das Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan und die Nutzung des Verkehrsumschlagknotens am Flughafen Termes durch den Bundesminister der Verteidigung innerhalb der Bundesregierung abgestimmt und aktenkundig gemacht worden (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 17/11283 und Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, vom 28. November 2012 auf eine diesbezügliche Nachfrage)?

62. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat der Bundesminister des Innern angekündigt, das Material für das NPD-Verbotsverfahren nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, obwohl es angeblich kein Material enthält, das mit geheimdienstlichen Mitteln erlangt wurde und alle V-Leute abgeschaltet sind, und warum hat der Bundesinnenminister öffentlich bislang nicht erklärt, ob er die Beweise für einen erfolgreichen Verbotsantrag für ausreichend hält oder nicht?
63. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Beweise der Materialsammlung für das NPD-Verbot sind geeignet, den Anforderungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die verlangt, dass von der zu verbotenden Partei eine akute und konkrete Gefahr für die Demokratie ausgeht, zu genügen, und wie bewertet der Bundesinnenminister die Beweislage hinsichtlich der Frage, ob sie den Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des EGMR an Parteienverbote genügen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

64. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche verschiedenen Instanzen bzw. deren Abteilungen müssen jeweils an den Rechtshilfeersuchen beteiligt werden, über die Ermittlungsbehörden aus den USA und Deutschland (Bund und Länder) Vorratsdaten aus der Telekommunikation austauschen, wie es das Magazin „heise online“ am 6. Oktober 2012 unter anderem für einen „Elefantenpfad“ beschreibt, wonach der Ablauf über Bundeskriminalamt, Auswärtiges Amt, State Department, Justice Department, FBI bis zu neun Monate dauere (bitte auch die zugrunde liegenden Abkommen anführen und schildern, wenn der Prozess juristisch oder diplomatisch abgekürzt werden kann), und inwiefern gelten diese Verfahren auch für die Herausgabe von Daten aus der „Cloud“, was nach Berichten von „heise online“ europäische Schutzbestimmungen verletzt (6. Dezember 2012)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

65. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
Wurde eine Trockenbau GbR in S. durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wegen des Verdachts auf Scheinselbstständigkeit sowie wegen diverser Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz überprüft, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
66. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie hoch ist nach Kenntnis bzw. Schätzung der Bundesregierung der Anteil der Anträge nach dem Ausgleichsleistungsgesetz an den gemäß der Statistik des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) zum 31. Dezember 2011 offenen 23 544 Anträgen nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG), und wie viele Alteigentümer, die noch keinen Ausgleichsleistungsbescheid erhalten haben, haben sich bei der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH für einen nach dem EALG begünstigten Alteigentümergewerb vormerken lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

67. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Macht sich die Bundesregierung das von EU-Kommissar László Andor am 5. Dezember 2012 in Brüssel vorgestellte Jugendbeschäftigungspaket unter anderem mit dem Instrument einer „Jugendgarantie“ vollständig oder nur teilweise zu eigen, und für welche Finanzierungsinstrumente wird sich die Bundesregierung zur Umsetzung des Pakets auf EU-Ebene einsetzen?
68. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
Was wird die Bundesregierung im Europarat und der Europäischen Union unternehmen, um den Verstoß gegen die Europäische Sozialcharta durch die von der Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds mit der griechischen Regierung vereinbarten, arbeitsrechtlichen Regelungen zu beenden, nach dem der Europäische Ausschuss für soziale Rechte entschieden hat, dass zwei dieser Regelungen unmittelbar illegal sind, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass weitere Maßnahmen der von der Troika mit Griechenland festgelegten

Memoranda of Understanding gegen die Europäische Menschenrechtskonvention beziehungsweise die Europäische Sozialcharta verstoßen?

69. Abgeordnete
**Heidrun
Dittrich**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sind nach Kenntnis der Bundesregierung unter Betreuung gestellt worden, nachdem sie vom JobCenter zu einer psychiatrischen Begutachtung gesandt wurden?
70. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie gestaltet sich der Abfluss der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2012 (bitte absolut und relativ nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch den aktuellen Stand sowie voraussichtlich bis Jahresende 2012 angeben), und wie steht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Krisentendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu dem Vorschlag, die nicht abgeflossenen Mittel ins Folgejahr zu übertragen?
71. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie erfolgreich haben sich 2012 die Programme „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ und „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ gestaltet hinsichtlich des Mittelabflusses, der Teilnehmerzahlen sowie der Eingliederungsquote bzw. Abschlussquote (bitte jeweils absolute und relative Zahlen gegenüber dem Vorjahr nennen), und wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen?
72. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention die Tatsache, dass die Zahl von Werkstattbeschäftigten im Zeitraum von 2006 (256 000) bis 2011 (291 000) um 35 000 (plus 22 Prozent) anstieg und gleichzeitig die Zahl der Rehabilitanden in der beruflichen Wiedereingliederung von 2005 (326 000) bis 2011 (209 000) um 117 000 Rehabilitanden (minus 36 Prozent) sank, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieser Tendenz entgegenzutreten?
73. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern war die Bundesagentur für Arbeit bzw. waren ihre Vermittlungsstellen daran beteiligt, seit dem Beginn des Streiks bei der Firma Neupack Verpackungen GmbH & Co. KG am 1. November 2012 Arbeitskräfte in das Unternehmen zu vermit-

teln (bitte sowohl für inländische und ausländische Arbeitskräfte beantworten und konkrete Fälle mit Anzahl und Einsatzdauer nennen), und inwiefern kann sie gegebenenfalls ausschließen, dass diese als Streikbrecher missbraucht werden?

74. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.) Wann hat die Neupack Verpackungen GmbH & Co. KG den Streik bei der Bundesagentur für Arbeit angezeigt, und wenn nein, mit welchen Sanktionen hat das Unternehmen nun zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

75. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.) Wie hat sich die Anzahl der Flugstunden bemannter und unbemannter Systeme der Luftwaffe und des Heeres in den letzten zehn Jahren in Deutschland und Afghanistan entwickelt, und geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die Gesamtzahl der Flugstunden der Bundeswehr durch die Anschaffung weiterer unbemannter Systeme weiter erhöhen wird?
76. Abgeordnete
**Viola von
Cramon-Taubadel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchen staatlichen bzw. privaten usbekischen bzw. nichtusbekischen Partnern im Logistikbereich (bitte gesondert namentlich auflisten) bestehen seitens der Bundesregierung Verträge im Zusammenhang mit dem Landtransport militärischer bzw. nichtmilitärischer Güter über usbekisches Hoheitsgebiet, und welche Beträge sind seit 2010 jährlich an diese Partner jeweils für die beiden Gütergruppen überwiesen worden (bitte einzeln auflisten)?
77. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den durch die wehrtechnischen Dienststellen der Bundeswehr festgestellten, die persönliche Sicherheit der Soldaten gefährdenden erheblichen Mängeln an den in der Truppe verwendeten Waffen G36 und P8 je des Oberndorfer Herstellers Heckler & Koch GmbH (vgl. ZDF, Frontal21 am 27. November 2012) hinsichtlich künftiger Beschaffungsaufträge an dieses Unternehmen, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass keinerlei solche Aufträge mehr verantwortbar sind, auch weil schon bei vielen früheren Anlässen (vgl. DER SPIEGEL vom 14. August 2010 und 10. November

2011) – wie etwa Waffenexporten in Spannungsbereiche – die gewerberechtliche Zuverlässigkeit von Heckler & Koch GmbH fraglich war?

78. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung, dass sich die Spezialeinheit Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr nach Mitte September dieses Jahres in Jordanien etwa zu Übungen auf dem King Abdullah II Special Operations Trainings Center gemeinsam mit US-Special Forces aufgehalten hat, und gegebenenfalls mit welchem Auftrag, etwa zur Vorbereitung eines Einsatzes in Syrien für den Fall des Einsatzes von Chemiewaffen durch syrische Sicherheitskräfte (vgl. DER SPIEGEL vom 4. Dezember 2012)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

79. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt, Behinderung nicht mit Krankheit gleichzusetzen, die Vorschläge der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. vom 6. Dezember 2012, die ärztliche Approbationsordnung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention so zu ändern, dass Menschen mit chronischen Erkrankungen und mit Behinderungen – auch durch die Einführung eines Prüfungsfaches „Medizin und Menschenrechte“ – in Ausbildung und Prüfung angehender Ärzte anders einbezogen werden (siehe www.kobinet-nachrichten.org vom 6. Dezember 2012)?

